

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Reichsbankstellen 2 RM. im Voraus, bei Bestellung durch die Post 2,50 RM. monatlich. Einzelnummern 10 Pf. zuzüglich Porto. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bestellen und unterrichten Sie zu jeder Zeit bei den Verlegern. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rückzahlung obiger Beiträge erfolgt nur, wenn Verzug vorliegt.

Abgabepreis: Die 8-spaltige Raumseite 20 Pf., die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsbankmarken. Die 2-spaltige Raumseite im letzten Teile 1 Reichsbankmark. Nachdruckgebühr 25 Reichsbankmarken. Druck- und Verlagskosten werden nach Möglichkeit fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 bezahlt. Abgabe für die Pflanzzeitung durch den Reichsbankstellenleiter. Abgabe für die Pflanzzeitung durch den Reichsbankstellenleiter. Abgabe für die Pflanzzeitung durch den Reichsbankstellenleiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 174. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff - Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 28. Juli 1927

Konjunkturanstieg?

Der ständige Rückgang der Arbeitslosenziffer hat erfreulicherweise auch im Juli angehalten, in den letzten Wochen sogar größere Schritte getan als je zuvor. Eigentliche Hauptunterstützungsempfänger, also jene, die weniger als zwölf Monate hindurch der Erwerbslosenfürsorge unterliegen, gibt es jetzt nur noch rund 493 000, von denen 104 000 weiblich sind. Das bedeutet gegenüber dem 1. Juli einen Rückgang um rund 50 000 und gegenüber dem 15. Juni um weitere 50 000. In Prozentzahlen ausgedrückt, beträgt dieser Rückgang in der ersten Julihälfte rund 8,8 Prozent. Demgemäß ist auch die Zahl der Zuschlagsempfänger gesunken, also der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen, die jetzt noch 545 000 zählen.

Es wäre erfreulich, wenn sich in dieser Zahl die wirkliche Arbeitslosigkeit ausdrücken würde, aber leider müssen noch die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenfürsorge hinzugezählt werden. Auch hier ist ein erfreulicher Rückgang zu verzeichnen, der freilich längst nicht so groß ist wie bei der Erwerbslosenfürsorge; denn hier beträgt er nur 27 000 Arbeitslose, die schon länger als ein Jahr keine Beschäftigung haben. Daher müssen jetzt im ganzen rund 674 000 arbeitsfähige, aber voll- oder teilweise unterstützt werden; gegenüber dem 15. Juni bedeutet es einen Rückgang von über 16 Prozent. Es mag daran erinnert werden, daß am 15. Januar d. J. der Höchststand der Arbeitslosigkeit erreicht war und damals rund zwei Millionen eine Hauptunterstützung bezogen, also „stempeln gehen“ mußten. Jetzt ist diese Zahl auf rund ein Drittel zurückgegangen und damit kommt zum Ausdruck, daß sich die deutsche Wirtschaft unzweifelhaft auf einem sich zwar nicht rasch bewegenden, aber sich doch immer günstiger entwickelnden Konjunkturanstieg befindet. In jenen Zahlen finden freilich noch längst nicht alle Arbeitslosen. Denn es gibt viele Tausende solcher, die wegen allzulanger Erwerbslosigkeit „ausgesauert“ werden müßten und dann der öffentlichen Wohlfahrtspflege verfallen, außerdem aber auch noch andere Tausende und aber Tausende, die aus einer Art von Scham oder mangels Bedürfnisses die öffentliche Unterstützung nicht in Anspruch nehmen wollen. Man mag ihre Zahl wohl mit 100 000 ansetzen und gewinnt erst dann ein einigermaßen richtiges Bild über die bestehende Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Vergleiche mit der Vorkriegszeit liegen nahe, jedoch muß man die Voraussetzungen für diese Vergleiche sorgfältig prüfen. Damals schwankte das Heer der Arbeitslosen, das sich aus mancherlei Gründen schwer feststellen läßt, zwischen 200- und 500 000. Inzurechnen muß man aber, daß wir damals ein Heer von rund 800 000 Mann hatten, und zwar meist aus solchen Lebensaltern rekrutiert, die für den öffentlichen Arbeitsmarkt in Betracht kommen. Natürlich kann man aber diese Zahl auch wieder nicht zum Vergleich heranziehen. Denn ein großer Teil davon, nämlich in der Hauptsache alles, was vom Lande kam, ist für den Arbeitsmarkt kaum in Betracht zu ziehen; außerdem ist ja das in Frage kommende Reichsgebiet gegen damals beträchtlich verkleinert. Und schließlich sind auch die 100 000 Mann der heutigen Reichswehr in Betracht zu ziehen. Unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung all dieser Dinge darf man annehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen gegenüber 1913 sich zurzeit etwa auf der doppelten Höhe befinden mag.

Aus langjähriger Erfahrung wissen wir, daß gerade der Juli und der August immer diejenigen Monate zu sein pflegen — falls in sie nicht eine schwere Konjunkturrückfall hineinfällt — die wegen des starken Beschäftigungsbedarfs der Landwirtschaft besonders große Anforderungen an den Arbeitsmarkt stellen. Hierbei ist noch darauf zu verweisen, daß in der Landwirtschaft jetzt weit weniger ausländische Arbeiter beschäftigt werden, als das vor dem Kriege der Fall war; in der Industrie ist es übrigens nicht anders. Dem Vernehmen nach soll nämlich das Rekrutement der ausländischen Wanderarbeiter für die Landwirtschaft auf etwa 100 000 beschränkt worden sein, was gegenüber der Vorkriegszeit einen Rückgang auf etwa ein Drittel bedeutet. Entwidelt sich die deutsche Wirtschaftskonjunktur nicht in einem schnelleren Tempo, als sich die auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden und neu hinzutretenden Kräfte vermehren, so ist mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenziffer kaum zu rechnen, besonders, da die fortschreitende Nationalisierung in Industrie und Landwirtschaft zur Abstoßung von Arbeitskräften führt. Wir werden auch in diesem Jahre wieder damit rechnen müssen, daß die Ziffer wieder ansteigt, je näher wir dem Winter kommen, aber hoffentlich wird eine weitere günstige Entwicklung unserer wirtschaftlichen Lage diesen Rückgang im Beschäftigungsgrad stark abschwächen.

Unnötige Währungsbesorgnisse.

Gefährliche Redereien von einer Inflationsgefahr. In der letzten Zeit sind auch aus Kreisen der Sparfahndung verschiedenlich Befürchtungen wegen einer Gefährdung der Währung laut geworden: sie haben in

Selbsthilfe gegen die Portoerhöhung.

Postalische Sparmaßnahmen des Großhandels.

Umgehung der erhöhten Portosätze.

Im Verwaltungsrat der Reichspost, der sich in der letzten Woche mit der Erhöhung der Postgebühren beschäftigte, haben Vertreter des Handels, die im Verwaltungsrat ihren Sitz haben, verschiedentlich bei den Debatten ihre Stimmen gegen die beabsichtigte Portoerhöhung erhoben. Diese Proteste sind allerdings ungehört verhallt. Es ist lediglich gelungen, das Drisporto, das für höhere Städte auf 10 Pfennig veranschlagt war, auf 8 Pfennig herabzudrücken.

Nun scheint die Wirtschaft zur Selbsthilfe zu greifen. Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Außenhandels hat seinen Mitgliedern Vorschläge zur Erparung von Postgebühren unterbreitet, die, wenn sie auch im einzelnen für die Mitglieder des Verbandes ausgearbeitet und bestimmt sind, doch im ganzen Sinne zur Portoreparatur für die gesamte Wirtschaft enthalten dürften. Der Reichspostminister hat als Folge seiner Gebührenerhöhungen allerdings mit einem Rückgang des Umsatzes der Reichspost um 15 Prozent gerechnet, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß, wenn die geplanten Maßnahmen der Wirtschaft konsequent durchgeführt werden, die Post mit einem größeren Rückgang ihres Umsatzes rechnen muß.

Vorgeschlagen wird nun vom Reichsverband des deutschen Groß- und Außenhandels die einheitliche Verrechnung der Rechnungen zusammen mit der Ware, Mitteilung über den Abgang der Ware durch Drucksache nach bestimmtem Muster, Fortfall der bisher üblichen Lieferweise, Verzicht auf die Empfangsbefähigung, verstärkter Gebrauch der Drucksachenbindung unter Berücksichtigung der neuen Bestimmung, daß zwischen Teil- und Vollrechnungen kein Unterschied gemacht wird und daß die Eintragung bestimmter Änderungen in der Drucksache erlaubt ist. Weitere Vorschläge zur Portoreparatur beziehen sich auf den Postverkehr. Die Überweisung vom Postkonten auf das Bankkonto kann dadurch bedeutsam und verbilligt werden, daß der

Bank ein Postamt überwiegen wird, der bereits am nächsten Tage dem Bankkonto gutgebracht wird. Beim Abheben größerer Beträge vom Postkonten durch solche Firmen, die über ein Reichsbankkonto verfügen, werden durch Überweisung eines Reichsbankchecks, der bei der Reichsbank sofort gutgebracht beziehungsweise ausgezahlt wird, bei regelmäßigem Verkehr nicht unerhebliche Ersparnisse an Postkontenauszahlungsgebühren erzielt. (Gebühr ein Postamt pro Marke 1 pro Tausend.) Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Verbilligung des durch die Erhöhung der Postgebühren verteuerten Zahlungsverkehrs und des Paketverkehrs sowie zur weitestgehenden Verwendung von Drucksachen vom Reichsverband des Deutschen Groß- und Außenhandels ausgearbeitet.

Neue Chorzow-Entscheidung im Haag.

Auch diesmal zugunsten Deutschlands.

Das Haager Schiedsgericht hat jetzt zum zweitenmal in der Angelegenheit der Stahlfabrikwerke von Chorzow in Oberschlesien, für deren Besitzergreifung die polnische Regierung Schadenersatz an Deutschland zahlen soll, ein Urteil zugunsten Deutschlands gefällt.

Polen hatte die Zuständigkeit des Schiedsgerichtes für diese Frage bezweifelt, nachdem der Reichshof die Besitzergreifung der Chorzower Werke als den Verträgen zuwiderlaufend bezeichnet hatte. Mit zehn gegen drei Stimmen erklärte nun der Reichshof, daß er den polnischen Einspruch verworfe. Bezüglich der Höhe der Entschädigung betretenden deutschen Forderungen behielt der Reichshof sich seine Entscheidung bis zur Entscheidung der Hauptfrage vor.

Praktisch ist auch mit dieser neuen Entscheidung nicht viel gewonnen; es könnten höchstens neue Verpfändungen zwischen Deutschland und Polen über die Durchführung des Urteils beginnen, und wenn Polen auch dann wieder Schwereigkeiten machen sollte, könnte im Völkerbund darauf hingewiesen werden, daß Polen seinen internationalen Verpflichtungen selbst dann nicht nachkommt, wenn sie durch das Haager Schiedsgericht zu einer festgelegt sind.

einzelnen Fällen zu Anträgen von Sparfassen auf Wiedereinführung der Wertbeständigkeitsklausel im Sparfassenverkehr geführt. Diese Befürchtungen geben auf Irrige Anschauungen über das Wesen der Inflation bzw. auf solche Beurteilung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Währung und Preisgestaltung zurück. Sie entbehren jeglicher tatsächlichen Grundlage.

Die deutsche Währung ist und bleibt stabil. Eine Inflation kann nur dann eintreten, wenn der Zahlungsmittelumlauf den Bedarf der Wirtschaft an Umlaufgeld übersteigt, wenn mehr Geldzeichen ausgegeben werden, als der Verkehr benötigt. Ursachen einer übermäßigen Notenausgabe können Kreditanträge des Staates und der Wirtschaft sein. Von beiden Seiten droht gegenwärtig der Währung keine Gefahr. Ein sicheres Zeichen zur Beurteilung der Währungslage bildet die Höhe der Notendeckung. Bekanntlich ist die Deckung bei uns mit 40 Prozent des Notenumlaufs erheblich höher als bei den Bestimmungen des alten Bankgesetzes, es vorzuschreiben.

Auch die Devisenpolitik des Reparationsagenten kann für unsere Währung nie eine Gefahr bilden, weil auch für ihn die durch die Dawes-Befehle festgelegte Verpflichtung besteht, die Umwandlung von Markguthaben in ausländische Währung nur insoweit vorzunehmen, als es der Devisenmarkt ohne Bedrohung der Stabilität der deutschen Währung zuläßt. Der Reparationsagent selbst weicht in seinem vor kurzem veröffentlichten Bericht ausdrücklich auf die starke Stellung der Reichsbank hin, indem er wörtlich sagt:

„Die Reichsbank als der Wächter der deutschen Währung hat weitgehende Mittel und Ermächtigungen, und die Stabilität der deutschen Währung bleibt völlig gesichert.“

Daß bei dieser Sachlage Inflationsgerüchte überhaupt aufstehen können, läßt sich nur aus einer besonderen Unwissenheit der Bevölkerung in Währungsdingen, besser aus einem ebenso gefährlichen Halbwissen, erklären. Als Inflationserscheinungen werden Wirtschaftsvorgänge der Gegenwart angesprochen, die zwar bei oberflächlicher Betrachtung gewisse Ähnlichkeit mit Erscheinungen aus der Geldwertungsperiode aufweisen können, die aber in ihrem Wesen und ihrer Auswirkung von ihnen grundverschieden sind. So liegt es vor allem bei der Beurteilung der Preisentwicklung, vereinzelt Preissteigerungen haben vor allem Befürchtungen wegen der Währung hervorgerufen, weil man aus der Inflationszeit die endlose Kette der Tarif- und Lohnsteigerungen und Preissteigerungen

tannte und jurysierte, was übertrifft jedoch davon, daß Preissteigerungen in normalen Zeiten von der Warenseite und nicht von der Geldseite ihren Ausgang nehmen. Angebot und Nachfrage von Ware bestimmen den Preis. In Zeiten des Konjunkturaufschwungs, in denen wir leben, sind Preissteigerungen durchaus nicht selten; sie sind das Ergebnis der zunehmenden Unternehmungskraft und der Konsumkraftsteigerung. Diese Wellenbewegung der Preise konnte auch die Vorkriegszeit, ohne daß jemand dabei im entferntesten an eine Inflation dachte.

In welchem Maße das Ausland der neuen Währung Vertrauen schenkt, zeigt der Umstand, daß die Reichsmark und das Reichsmarkpapier im internationalen Verkehr sich mehr und mehr einbürgern. Daher hat auch das deutsche Volk allen Grund, volles Vertrauen zur Währung zu hegen.

Die letzten Flugereignisse.

Ein schwarzer Tag für die Luftschifffahrt.

Rekordeleistungen glücken nicht immer, wie die letzte Zeit zur Genüge bewiesen hat. Gerade die Höhen- und Langstreckenrekorde im Flugzeug flieheren recht oft. Diese Lehre mußte auch der amerikanische Marineflieger Carleton ziehen, der den Höhenflugrekord von 12 442 Metern überbieten wollte (2-fache Montblanc-höhe!).

Zu weit über 10 000 Meter Höhe sprangen die Räder seines Motors. Umherfliegende Stahlstücke erschlugen den Sauerstoffbehälter. Carleton ging im Sturzflug nieder, verlor dabei aber die Bestimmung, so daß die Maschine steuerlos herabglitt.

Die Notlandung erfolgte in einem Getreidefeld, wobei das Flugzeug Feuer fing und verbrannte. Er konnte sich und den Barographen in Sicherheit bringen. — In der Nähe von Beaumont im Departement Dife (Frankreich) ereignete sich ein ähnlicher Unfall. Ein französischer Flieger stürzte dort aus einer Höhe von 7000 Metern ab. Der Fallschirm entfalte sich 100 Meter über dem Erdboden, so daß der Pilot selbst unbeschädigt auf dem Erdboden ankam.

In der Nähe von Toul ereignete sich gleichfalls ein furchtbares Fliegerunglück. Zwei Militärflugzeuge stießen bei einer Manöverübung zusammen. Beide Apparate stürzten brennend in die Tiefe. Dem Piloten des einen Flugzeuges gelang es, mit Hilfe seines Fallschirms glücklich den Boden zu erreichen, sein Beobachter und die beiden Insassen des anderen Flugzeuges jedoch wurden tödlich